

Das Theater Eisenach in höchster Gefahr

NACHGEFRAGT bei Katja Wolf, im Wahlkreis Eisenach direkt in den Landtag gewählt

Im aktuellen Interview betont Katja Wolf, die 2009 im Wahlkreis Eisenach direkt in den Landtag gewählt wurde, die Notwendigkeit finanzieller Hilfe des Landes für das Theater der Wartburgstadt. Derzeit lasse die Landesregierung die Stadt allerdings „völlig im Regen stehen“. Die LINKE unterstützt die Proteste vor Ort, die Eisenacher Landtagsabgeordnete steht persönlich im Kontakt mit den Akteuren, um eine Lösung für das Theater zu finden.

Das traditionsreiche Theater Eisenach ist in Gefahr. Wie sieht die Situation vor Ort aus?

Die Aufregung ist natürlich sehr groß, zumal die Situation nicht gänzlich klar ist. Wir haben auf der einen Seite einen bestehenden Vertrag, der mit dem Theater geschlossen wurde und über das Jahr 2012 hinaus gilt und erst Ende 2013 ausläuft, haben auf der anderen Seite aber nicht die Möglichkeit, die knapp zwei Millionen Euro zur Verfügung zu stellen, die die Stadt als eigenen Beitrag leisten muss. Das Geld müsste logischerweise vom Land kommen – es gibt einen bestehenden Vertrag. Das tut es aber derzeit nicht und deshalb steht das große Fragezeichen, wie es nun weitergeht.

Sie haben der Landesregierung „parteitaktische Spielchen“ vorgeworfen, inwiefern?

Man lässt Eisenach völlig im Regen stehen. Auf der einen Seite scheut man sich vor notwendigen Entscheidungen, um die finanzielle Situation der Stadt zu entspannen oder zumindest wieder halbwegs erträglich zu gestalten. Um es klar zu sagen: die Aufhebung der Kreisfreiheit Eisenachs ist dringend geboten, davor scheut man sich aber auf Landesebene, weil man

mit einer Gebietsreform nicht beginnen möchte. Auf der anderen Seite wird das Defizit Eisenachs nicht getilgt, so dass sich da die Katze in den Schwanz beißt. Eisenach ist aus eigener Kraft nicht in der Lage, seinen Haushalt auszugleichen – selbst wenn wir alle freiwilligen Aufgaben streichen würden. Wenn man nicht den Mut hat, die Kreisfreiheit wieder abzuschaffen, um Eisenach in eine handlungsfähige Situation zu bringen, dann muss man in der logischen Konsequenz die Finanzierung auch des Theaters sichern.



Mit einem großen „Lärmaufzug“ haben am 31. März weit mehr als 500 Menschen, unter ihnen Vertreter der LINKEN (im Foto mit Katja Wolf), für den Erhalt des Theaters Eisenach demonstriert.

Sind parlamentarische Aktivitäten geplant?

Wir prüfen gerade, wie wir das Thema in den Fachausschuss des Landtags holen, um dort von der Landesregierung ein Bekenntnis zum Theater Eisenach zu bekommen. Außerdem wird im Moment ein Plenarantrag erarbeitet, um das Ganze auf die Landesebene zu heben.

Das Gespräch führte Stefan Wogawa

Dr. Birgit Klaubert, Kulturpolitikerin der Linksfraktion:

„Seit Jahren zeichnet sich in Thüringen ein Zustand ab, der eigentlich nur noch eine Beschreibung verdient: Kulturkannibalismus. Viele Kommunen müssen sich aufgrund wirtschaftlicher Zwänge fragen, wieviel Kultur man sich ‚leisten‘ kann und will. Die Leidtragenden sind zuerst die Kunst- und Kulturschaffenden selbst. Mit großem Engagement versuchen sie, ihre wichtige Arbeit aufrecht zu erhalten und gleich-

zeitig einer wachsenden ‚Kulturverdrossenheit‘ entgegen zu wirken. Ohne Zweifel muss eine bessere und vor allem eine gerechtere Basis für den Erhalt aller Theater und Orchester geschaffen werden. Es gilt, gegen Kürzungen und Willkürlichkeiten zu protestieren und deutlich zu machen, dass auch das Land in der Pflicht steht. Die LINKE arbeitet seit Jahren an Vorschlägen und Lösungswegen für eine Kulturfinanzierung, die die Kommunen entlastet und die Kultureinrichtungen stärkt.“

VON A BIS Z:

Solidarpakt

Zur neu entfachten Debatte um die Zukunft des Solidarpakts erklärte Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraktion: „Der Tenor der Diskussion, den die Oberbürgermeister angeschlagen haben, ist ein völlig falscher.“

Bürgermeister aus Nordrhein-Westfalen verlangten die Abschaffung des Solidarpakts und erweckten damit den Eindruck, „dass es um eine West-gegen-Ost-Debatte geht“. Dies führe am Ende nur „zur Entsolidarisierung und zu einer unseligen Neid-Debatte“. Es sei richtig, Wege aus der Finanznot der Kommunen zu suchen, aber man dürfe dabei nicht die falschen Schlussfolgerungen ziehen. „Es muss prinzipiell eine verlässlichere, stabilere Finanzierung aller Städte und Gemeinden in Deutschland erreicht werden. Hier ist Solidarität und Kooperation gefragt: zwischen Ost, West, Nord und Süd“, so Bodo Ramelow.

Richtig sei, dass geschundene Ruhrgebietsgemeinden deutlich verarmt wurden. „Richtig ist aber auch, dass diese Entreichung überall anzutreffen ist. Gleichzeitig gibt es auch superreiche Gemeinden. Dies ist aber kein Ost-West-Thema, sondern hat etwas mit mangelnden Steuereinnahmen und mancher ‚zufälligen Anwesenheit‘ von großen Gewerbesteuerzahlern zu tun. Deshalb brauchen wir eine umfassende Gemeindesteuerreform, um mehr Planungssicherheit zu erreichen und nicht nur kommunale Not beklagen und verwalten zu müssen“, sagte der LINKE-Politiker.

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Sitzungen des Thüringer Landtags finden erst wieder in der Zeit vom 2. bis 4. Mai statt. Wer Interesse am Besuch einer Sitzung hat, melde sich bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion.

„Kultur neu denken“:

Die Reihe „Kultur neu denken“ der Bundestags- und der Landtagsfraktion der LINKEN wird fortgesetzt am 12. und 13. Mai. Thema diesmal: Macht, Reformation, Freiheit – Thomas Müntzers Utopie vom Land der Freien und Gleichen. Am Samstag beginnt es 18 Uhr in der Kilian-Kirche und am Sonntag ab 10 Uhr in der Kornmarktkirche in Mühlhausen.

www.die-linke-thl.de

Schultaschenrechner

Zum Rechtsstreit um die Finanzierung des Schultaschenrechners CAS an Thüringer Schulen sagte MdL Michael Sojka: „Das Bildungsministerium darf nicht weiter wie ein privatwirtschaftliches Unternehmen agieren, das endlose Prozesse führt, um den Bürgern das Geld aus der Tasche zu ziehen. Von einem SPD-Minister erwarte ich, dass es keine Streitereien über die Finanzierung von Lehrmitteln gibt.“ Das Land müsse dafür sorgen, dass in jeder Schule eine ausreichende Zahl an Leihgeräten zur Verfügung steht. Dafür die Quote der Hartz-IV-Empfänger eines Landkreises heranzuziehen, sei falsch, weil der Bedarf höher ist und das Einkommen der Eltern in der Schule keine Rolle spielen dürfe.

Wildkatzendorf

„Mit der offiziellen Eröffnung des Wildkatzendorfes Hütscheroda wird dem Nationalpark Hainich wieder ein Baustein zum Imagegewinn hinzugefügt. Seit einem halben Jahr gehört der Hainich zum UNESCO-Weltnaturerbe. Dazu passt ein Projekt wie das Wildkatzendorf hervorragend“, so MdL Katja Wolf. Das Wildkatzendorf sei „ein weiteres Highlight in der Region und wird sich positiv auf die Aufenthaltsdauer von Besuchern auswirken“. Ausgesprochen lobend erwähnte die Abgeordnete die Bewohner von Hütscheroda, die Hainich-Verwaltung sowie die Umweltverbände BUND und Nabu, ohne deren Engagement diese Wildkatzenbeobachtung sicher nicht möglich geworden wäre.

Datenspeicherung

Zur Bekanntmachung der EU-Kommission, Deutschland ein Mahnschreiben zur Umsetzung der Vorratsdatenspeicherungsrichtlinie zuzustellen, warnte MdL Katharina König, dies dürfe „nicht zur Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung führen“. Das im Rechtsausschuss des Bundestages vorgelegte Gutachten des Max-Planck-Instituts für internationales Strafrecht bestätige erneut, dass die Vorratsdatenspeicherung „keinen positiven messbaren Einfluss auf Aufklärungsquoten hat“. Auftraggeber war das Bundesministerium der Justiz. „Bürgerrechte und -freiheiten dürfen nicht dem Sicherheitswahn analog denkender und handelnder Politiker geopfert werden“, betonte die Abgeordnete.